

**Stiftung für
Konsumentenschutz**
Monbijoustrasse 61
Postfach
3000 Bern 23

Telefon 031 370 24 24
Fax 031 372 00 27

info@konsumentenschutz.ch
www.konsumentenschutz.ch

Bundesanwaltschaft
Hr. R. Montanari
Taubenstrasse 16
3003 Bern

Bern, 28. April 2016

Bestellungen
Telefon 031 370 24 34

Beratung
MO 12-15 Uhr
DI-FR 9-12 Uhr

für GönnerInnen:
Telefon 031 370 24 25

für NichtgönnerInnen:
Telefon 0900 900 440
(Fr. 2.90/Min. ab Festnetz)

SKS-Gönnerschaft
ab Fr. 60.-/pro Jahr

Spenden auf Post-Konto:
30-24251-3

IBAN:
CH37 0900 0000 3002 4251 3

Strafanzeige

gegen

unbekannt

wegen

- Begehung unlauteren Wettbewerbs gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. b und i UWG
- Erfüllung des Betrugstatbestandes gemäss Art. 146 Abs. 1 und 2 StGB

I. Sachverhalt

Im September 2015 wurde bekannt, dass weltweit bei etwa elf Millionen Fahrzeugen der Marken VW, Audi, SEAT, SKODA, VW-Nutzfahrzeuge der Baujahre 2009 bis 2014 mit der Motorenreihe EA189 eine manipulierte Software eingebaut worden war. Die Software erkennt, wenn sich ein Fahrzeug im Test/Prüfmodus befindet, und verändert die Motoreneinstellungen so, dass der Abgasausstoss verringert und damit die Grenzwerte für Stickoxide eingehalten werden. In der Schweiz sind rund 130'000 Fahrzeuge betroffen. Seit November 2015 wurde zudem bekannt, dass VW weltweit 800'000 Fahrzeuge mit falschen CO2-Werten deklariert hat. In der Schweiz sind rund 10'000 Fahrzeuge betroffen. Von den CO2-Falschangaben betroffen sind auch die 2016-Modelle, die aktuell im Verkauf sind.

II. Rechtliches

Formelles

Gemäss Art. 23 UWG (Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; SR 241) kann Strafantrag stellen, wer nach den Artikeln 9 und 10 zur Zivilklage berechtigt ist. Gemäss Art. 10 Abs. 2 lit. b UWG können Klage einreichen „Organisationen von gesamtschweizerischer oder regionaler Bedeutung, die sich



statutengemäss dem Konsumentenschutz widmen“. Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) ist somit zur Stellung des vorliegenden Strafantrags legitimiert. Beim ebenfalls als erfüllt zu betrachtenden Straftatbestand des Betrugs gemäss StGB handelt es sich um ein Offizialdelikt. Die Legitimation der SKS zum Einreichen einer Strafanzeige ist somit ebenfalls gegeben.

Materielles

Der Einbau der Schad-Software bzw. der Verkauf der betroffenen Autos stellt strafrechtlich relevantes Verhalten dar:

UWG

- Art. 3 Abs. 1 Bst. b. UWG: Der Kaufentscheid für oder gegen ein bestimmtes Produkt basiert auf verschiedenen Kriterien. Dabei spielt der Preis des Produkts nicht zwingend die entscheidende Rolle. Andere Faktoren – Qualität und Aussehen, bestehende Erfahrungen, emotionale Bindung – haben einen ebenso grossen Einfluss. Bei Gebrauchsgütern wie Motorrädern oder Autos bestimmen je länger je mehr ökologische Überlegungen über Kauf oder Nichtkauf. Dabei wird die Tatsache, dass umweltfreundlichere Autos entsprechend teurer sind, bewusst in Kauf genommen.
- Dieser Effekt spielte auch bei den in der Schweiz betroffenen Fahrzeughaltern: Die Käufer waren bereit, für ein angeblich „sauberes“, weniger schädliche Abgas ausstossendes Dieselfahrzeug einen entsprechend höheren Preis zu bezahlen.
- Es wurden unrichtige Angaben über die Abgasausstosswerte der Fahrzeuge gemacht. Dadurch wurden die Käufer dazu gebracht, ein teures, vermeintlich umweltfreundliches Auto zu kaufen.
- Die unrichtigen Angaben liegen darin, dass in den Verkaufsunterlagen bzw. in den Verkaufsgesprächen tiefe Abgasausstosswerte genannt worden waren und gestützt darauf ein entsprechend höherer Preis für die betroffenen Autos bezahlt werden musste. In Tat und Wahrheit kauften die Kunden jedoch ein teureres Auto, welches in ökologischer Hinsicht keinerlei Vorteile bietet.
- Art. 3 Abs. 1 Bst. i. UWG: Auch der Tatbestand, dass die Beschaffenheit (die verkauften Autos stossen mehr Schadstoffe aus, als in den dem Käufer vorliegenden Informationen, die den Kaufentscheid entscheidend beeinflusst haben, angegeben ist) und die Gefährlichkeit (die betroffenen Autos stossen mehr gesundheits- und umweltschädigende Abgase aus, als in den dem Käufer vorliegenden Informationen angegeben ist) verschleiert und der Kunde dadurch getäuscht wurde, ist vermutlich erfüllt.

BO

- 1: VW-interne Kommunikation, 20. September 2015 (Beilage 1)
- 2: VW-interne Kommunikation, 22. September 2015 (Beilage 2)
- 3: NZZ, 4. November 2015 (Beilage 3)

StGB

- Mit dem Verkauf der manipulierten Autos wird weiter der Betrugstatbestand gemäss Art. 146 StGB erfüllt. Bei den betroffenen Fahrzeugen wurden bewusste Manipulationen vorgenommen.

BO

- 4: NZZ, 2. März 2016 (Beilage 4)
- 5: Hamburger Abendblatt, 9. November 2015 (Beilage 5)
- 6: VW-interne Kommunikation, 25. September 2015 (Beilage 6)

7: Die Welt, 4. Oktober 2015

- Der einzige Zweck, den diese verfolgen kann, liegt darin, sich unrechtmässig zu bereichern. Die in Art. 146 StGB geforderte Vorspiegelung oder Unterdrückung von Tatsachen ist durch die Angabe tiefer Abgasgrenzwerte, die jedoch lediglich auf dem Prüfstand eingehalten werden, offensichtlich gegeben. Damit wurden die betroffenen Fahrzeughalter arglistig irregeführt und dazu veranlasst, sich selbst am Vermögen zu schädigen, mit anderen Worten, für ein nicht-umweltfreundliches Auto den höheren Preis für ein umweltfreundliches Auto zu bezahlen.

BO

8: Beitrag auf Surveymoney.com, 12. Mai 2015 (Beilage 7)

- Neben Art. 146 Abs. 1 StGB ist desweiteren auch Abs. 2 erfüllt. Das betrügerische Handeln hat im gewerbsmässigen Rahmen stattgefunden. Diese strafverschärfende Tatsache ist zwingend zu berücksichtigen.

Da der Erfolgsort dieser Straftaten in der Schweiz liegt, sind gemäss Art. 8 StGB die Schweizerischen Strafverfolgungsbehörden für deren Ahndung zuständig. Die geschädigten Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter haben einen Anspruch darauf, dass das Strafrecht auf dem Gebiet der Schweiz durchgesetzt wird. Dies gilt insbesondere in Fällen wie dem vorliegenden, in welchem das betrügerische Fehlverhalten bereits öffentlich zugestanden worden ist.

In der Schweiz haben sich die Untersuchungshandlungen der Strafverfolgungsbehörden auch auf diejenigen Parteien zu beziehen, bei welchen auf Grund ihrer Funktion eine Mittäterschaft nicht ausgeschlossen werden kann. Dies trifft in erster Linie auf die Amag AG – in ihrer Funktion als Generalimporteurin der VW-Marken in die Schweiz – zu.

Freundliche Grüsse



Sara Stalder
Geschäftsleiterin SKS

Wolfsburg, 20. September 2015

Erklärung des Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG, Professor Dr. Martin Winterkorn:

Die US-Behörden CARB und EPA haben die Öffentlichkeit in den USA darüber informiert, dass bei Abgastests an Fahrzeugen mit Dieselmotoren des Volkswagen Konzerns Manipulationen festgestellt worden sind und damit gegen amerikanische Umweltgesetze verstoßen worden ist.

Der Vorstand der Volkswagen AG nimmt die festgestellten Verstöße sehr ernst. Ich persönlich bedauere zutiefst, dass wir das Vertrauen unserer Kunden und der Öffentlichkeit enttäuscht haben. Wir arbeiten mit den zuständigen Behörden offen und umfassend zusammen, um den Sachverhalt schnell und transparent vollumfänglich zu klären. Hierzu hat Volkswagen eine externe Untersuchung beauftragt.

Klar ist: Volkswagen duldet keine Regel- oder Gesetzesverstöße jedweder Art.

Das Vertrauen unserer Kunden und der Öffentlichkeit ist und bleibt unser wichtigstes Gut. Wir bei Volkswagen werden alles daran setzen, das Vertrauen, das uns so viele Menschen schenken, vollständig wiederzugewinnen und dafür alles Erforderliche tun, um Schaden abzuwenden. Die Geschehnisse haben für uns im Vorstand und für mich ganz persönlich höchste Priorität.

VOLKSWAGEN

AKTIENGESELLSCHAFT

Nachrichten

Hinzufügen zur Sammelmappe
zur Übersicht
Wolfsburg, 22.09.2015

Volkswagen AG informiert:

Volkswagen treibt die Aufklärung von Unregelmäßigkeiten einer verwendeten Software bei Diesel-Motoren mit Hochdruck voran. Die aktuell in der Europäischen Union angebotenen Neuwagen mit Dieselantrieb EU 6 aus dem Volkswagen Konzern erfüllen die gesetzlichen Anforderungen und Umweltnormen. Die beanstandete Software beeinflusst weder Fahrverhalten, Verbrauch noch Emissionen. Somit besteht für Kunden und Händler Klarheit.

Weitere bisherige interne Prüfungen haben ergeben, dass die betreffende Steuerungssoftware auch in anderen Diesel-Fahrzeugen des Volkswagen Konzerns vorhanden ist. Bei der Mehrheit dieser Motoren hat die Software keinerlei Auswirkungen.

Auffällig sind Fahrzeuge mit Motoren vom Typ EA 189 mit einem Gesamtvolumen von weltweit rund elf Millionen Fahrzeugen. Ausschließlich bei diesem Motortyp wurde eine auffällige Abweichung zwischen Prüfstandswerten und realem Fahrbetrieb festgestellt. Volkswagen arbeitet mit Hochdruck daran, diese Abweichungen mit technischen Maßnahmen zu beseitigen. Das Unternehmen steht dazu derzeit in Kontakt mit den zuständigen Behörden und dem Deutschen Kraftfahrtbundesamt.

Zur Abdeckung notwendiger Service-Maßnahmen und weiterer Anstrengungen, um das Vertrauen unserer Kunden zurück zu gewinnen, beabsichtigt Volkswagen, im 3. Quartal des laufenden Geschäftsjahres rund 6,5 Milliarden Euro ergebniswirksam zurückzustellen. Aufgrund der laufenden Untersuchungen unterliegt der angenommene Betrag Einschätzungsrisiken. Die Ergebnisziele des Konzerns für das Jahr 2015 werden entsprechend angepasst.

Volkswagen duldet keinerlei Gesetzesverstöße. Oberstes Ziel des Vorstands bleibt es, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und Schaden von unseren Kunden abzuwenden. Der Konzern wird die Öffentlichkeit über den weiteren Fortgang der Ermittlungen fortlaufend und transparent informieren

Beilage 3

Skandal um Volkswagen **Lug und Trug in Wolfsburg**

von Christoph Eisenring, Berlin 4.11.2015, 15:20 Uhr

Vertrauen erodiert nicht linear, sondern ist plötzlich weg. Bisher hielten die Kunden VW die Treue. Doch jetzt gibt VW zu, Angaben zum Verbrauch frisiert zu haben. Und das geht ans Portemonnaie.

Jeder Stein werde bei Volkswagen umgedreht, hat der Konzern vor sechs Wochen versprochen. Damals hatte die amerikanische Umweltbehörde den Abgas-Skandal aufgedeckt. Und was seitdem zum Vorschein kommt, ist ziemlich dreist. So muss VW jetzt einräumen, dass die Firma bei Hunderttausenden von kleineren Fahrzeugen Angaben zum Spritverbrauch und damit auch zum Ausstoss von Kohlendioxid frisiert hat. Betroffen sollen etwa der Polo oder der Golf sein. Dies ist eine neue Dimension, da es bisher um die Manipulation von Stickoxidemissionen ging.

Da fragt man sich unweigerlich, was die Mitarbeiter in der Zentrale eigentlich geritten hat, zu solch unverschämten Mitteln Zuflucht zu nehmen. Spielt hier auch eine vergiftete Firmenkultur eine Rolle, in der Kadavergehorsam herrscht? Gelten Zielvorgaben als sakrosankt, selbst wenn sie sich nur mit unfairen Mitteln einhalten lassen (oder das Auto zu teuer würde, wenn man die Standards erfüllte)? Der neue Firmenchef, Matthias Müller, ist Ende September angetreten, um die Unternehmenskultur zu ändern. Immerhin ist es jetzt das erste Mal, dass VW von selbst Unregelmässigkeiten eingeräumt hat, während der Konzern bisher stets Getriebener der Behörden gewesen war. Das ist allerdings ein schwacher Trost.

Gleichzeitig schwebt über Müller, der zuvor Porsche geleitet hatte, seit Montag ein Damoklesschwert. So behauptet die amerikanische Umweltbehörde, dass auch Abgastests bei teuren Dieselaautos wie dem Porsche Cayenne manipuliert worden seien. VW hat rasch reagiert und bestreitet die Vorwürfe. Der Konzern muss sich hier schon ganz sicher sein, denn bei einem Irrtum käme er um eine neuerliche Chefsuche nicht herum.

Immer mehr zeichnet sich ab, dass die Dreistigkeit bei VW für die Branche nicht typisch ist. Die deutsche Kanzlerin hat recht, wenn sie sagt, dass «made in Germany» ein Gütezeichen bleibe. Das sehen auch die Anleger so: Während die VW-Aktie am Mittwoch zehn Prozent an Wert einbüsste, kamen BMW und Daimler mit leichten Einbussen davon. Erstaunlich ist dagegen, dass die Käufer VW und seinen Marken bis jetzt grosso modo die Treue halten. Selbst in den USA verkaufte VW im Oktober nicht weniger Autos als vor einem Jahr (wobei andere Hersteller allerdings kräftig zulegten). Man kann nun darüber spekulieren, was Kunden wichtiger ist: dass ihr Auto wenig giftige Abgase produziert oder dass es komfortabel zu fahren ist. Zudem führte die Manipulation des Ausstosses von Stickstoffoxiden dazu, dass der Verbrauch der Dieselfahrzeuge insgesamt niedriger war, als wenn die Katalysatoren voll gearbeitet hätten.

Gerade aus diesem Grund könnte die jüngste Erklärung aus Wolfsburg gefährlicher sein als die bisherigen. Vertrauen erodiert nicht linear, sondern ist plötzlich weg. Wenn VW jetzt eingesteht, dass es bei diversen Diesel- und einem Benzinmotor den Verbrauch zu tief angesetzt hat, geht das direkt ans Portemonnaie der Kunden (selbst wenn der Konzern höhere CO₂-abhängige Autosteuern ausgleichen sollte). Spätestens aber, wenn es ums Geld geht, verstehen nicht nur deutsche Kunden kein Pardon.

Beilage 4

Abgasskandal von Volkswagen

Ex-VW-Chef Winterkorn früh informiert

NZZ, 2.3.2016, 21:19 Uhr

Nun also doch: Winterkorn wusste Bescheid. Ein erster Vermerk erscheint bereits im Mai 2014. Der Ex-Chef muss sich nun wohl einige Fragen gefallen lassen.

Ex-Volkswagen-Chef Martin Winterkorn wusste Bescheid. (imago)

(Reuters) · Ex-Volkswagen-Chef Martin Winterkorn ist nach Konzern-Angaben frühzeitig über den Abgasskandal informiert worden. Bereits im Mai 2014 und damit fast eineinhalb Jahre vor Bekanntwerden der Affäre um manipulierte Diesel-Abgaswerte sei ein erster Vermerk an den damaligen Konzernchef erstellt worden, teilte Volkswagen am Mittwoch mit. Dennoch hält der Wolfsburger Konzern Aktionärsklagen im Zusammenhang mit der Affäre für unbegründet. Die im Aktienrecht vorgeschriebene Pflicht zur Veröffentlichung potenziell aktienkursbewegender Erkenntnisse (Ad-hoc-Pflicht) sei nicht verletzt worden, da dem Vorstand erst am 18. September 2015 wesentliche Informationen rund um die Manipulation bekanntgeworden seien.

VW habe zu spät informiert

Aktionäre machen vor Gericht geltend, das Unternehmen habe zu spät darüber informiert. Sie begründen damit ihre Schadensersatzforderungen für erlittene Kursverluste. Die US-Umweltbehörde EPA hatte am 18. September vergangenen Jahres den Vorgang öffentlich gemacht. VW räumte die Manipulationen, die weltweit rund elf Millionen Fahrzeuge betreffen, erst zwei Tage später ein – an einem Sonntag. Tags darauf stürzte die VW-Aktie um fast 20% ab, der grösste Autokonzern Europas verlor binnen weniger Stunden zwölf Milliarden Euro an Börsenwert. Am 23. September nahm Winterkorn als Vorstandschef seinen Hut und zog sich später auch von allen anderen Ämtern in dem Konzern zurück. Zwei Tage später bestellte der Aufsichtsrat den früheren Porsche-Chef Matthias Müller an die Konzernspitze. Er soll die Aufklärung des Skandals vorantreiben, durch den VW in die tiefste Krise seiner Geschichte geraten ist.

Milliarden-Strafen im Raum

Volkswagen stellt sich auf den Standpunkt, der Konzern habe bis zur Veröffentlichung durch die EPA «keinerlei Anzeichen für börsenkursrelevante Informationen» gehabt. Bis zu diesem Zeitpunkt sei man von einer überschaubaren Zahl von etwa 500'000 betroffenen

Fahrzeugen und Bussgeldern in einem zweistelligen oder unteren dreistelligen Millionen-Bereich ausgegangen. Von dem später von der Behörde aufgerufenen Strafmass von bis zu 18 Milliarden Dollar habe man damals keine Ahnung gehabt. Mittlerweile steht wegen der Volkswagen vom US-Justizministerium zur Last gelegten Verstösse gegen US-Umweltgesetze eine Summe von bis zu 46 Mrd. \$ im Raum. Die Strafe dürfte nach Einschätzung von Juristen allerdings deutlich niedriger ausfallen, wie frühere Fälle vermuten lassen.

Haftung unklar

Inwieweit Winterkorn selbst zur Rechenschaft gezogen werden kann, ist nach Ansicht von Juristen offen. Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen insgesamt sechs Beschuldigte wegen Betrugsverdachts im Zusammenhang mit der Manipulation von Stickoxidwerten. Der frühere Konzernchef ist nach Angaben des Gerichts nicht darunter. Kenner des US-Rechts gehen allerdings davon aus, dass Winterkorn durchaus verantwortlich gemacht werden könnte. Als Vorstandsvorsitzender habe er die Gesamtverantwortung getragen und müsse in den USA damit auch für Taten von Mitarbeitern geradestehen.

Nach VW-Darstellung ist unklar, ob Winterkorn den ersten Vermerk an ihn überhaupt zur Kenntnis genommen hat. Dieser sei seiner umfangreichen Wochenendpost beigelegt worden. Im November 2014 habe es eine weitere Notiz an ihn gegeben. Später wurde auch eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit den Problemen von VW mit den Abgasgrenzwerten in den USA befasste. Am 27. Juli 2015 schliesslich hätten Mitarbeiter in Anwesenheit von Winterkorn und VW-Markenchef Herbert Diess über die Diesel-Thematik gesprochen. Es sei noch nicht geklärt, ob den Beteiligten damals bewusst gewesen sei, dass die Softwareveränderungen gegen US-Umweltvorschriften verstieszen.

Warten auf Zwischenbericht

Ende August vergangenen Jahres sei der Rechtsabteilung sowie US-Anwälten von Technikern schliesslich vollständig erläutert worden, worin die Ursache für die Unregelmässigkeiten lagen. Dies habe im Vorstand zu der Erkenntnis geführt, dass es sich um eine illegale Abschaltvorrichtung in der Motorsteuerung handelte. Daraufhin habe man beschlossen, dies gegenüber den US-Umweltbehörden einzugestehen. Dies sei am 3. September geschehen, am Tag darauf sei Winterkorn durch eine Notiz darüber in Kenntnis gesetzt worden. Damals sei man noch davon ausgegangen, dass die Manipulation auf die USA begrenzt sei. Später

musste VW einräumen, dass weltweit rund elf Millionen Fahrzeuge davon betroffen sind.

Volkswagen legte 6,7 Mrd. € für die Reparatur der Fahrzeuge zur Seite und korrigierte seine Gewinnziele für 2015. Wegen der laufenden internen Ermittlungen zu dem Skandal verschob der Konzern zudem die Vorlage seiner Bilanz und die Hauptversammlung. Die US-Kanzlei Jones Day soll in der zweiten Aprilhälfte einen Zwischenstand ihrer Untersuchungen vorlegen. Noch ist völlig unklar, wie viel der Skandal am Ende den Konzern kosten wird. Denn in den USA sind zahlreiche Sammelklagen eingereicht worden.

Wolfsburg Diesel ins Motoröl – so soll VW CO₂-Werte manipuliert haben

Hamburger Abendblatt, 9.11.2016

Wolfsburg. In der schwersten Krise von Volkswagen kommt am heutigen Montag erneut der Aufsichtsrat des Autokonzerns zusammen. Dabei geht es um die weitere Aufarbeitung des Abgasskandals. Milliardenkosten, strafrechtliche Ermittlungen, Imageverlust – und nicht zuletzt die Frage nach den Schuldigen. Ein Thema dürften auch neue interne Erkenntnisse zu den falschen CO₂-Angaben sein.

Nach Informationen der "Bild am Sonntag" geht die jüngste Ausweitung des Skandals auf das Geständnis eines Wolfsburger Ingenieurs zurück. Der Mitarbeiter der Abteilung Forschung und Entwicklung habe seinem Vorgesetzten vom groß angelegten CO₂-Betrug berichtet. Der Konzernrevision lägen zudem Geständnisse weiterer Mitarbeiter vor.

Laut Zeitungsbericht begann der Betrug mit geschönten Sprit- und CO₂-Angaben von Hunderttausenden Volkswagen-Modellen 2013 und lief bis zum Frühjahr 2015. Die Techniker hätten mit unerlaubten Maßnahmen die Werte manipuliert, etwa durch einen höheren Reifendruck von mehr als 3,5 bar. Daneben sei auch Diesel ins Motoröl gemischt worden, damit der Wagen leichter läuft und weniger Sprit verbraucht. Die Ingenieure gaben der Zeitung zufolge an, sie hätten die Ziele des früheren VW-Chefs Martin Winterkorn mit legalen Mitteln nicht erreichen können. Dieser hatte 2012 angekündigt, VW werde den CO₂-Ausstoß bis 2015 um 30 Prozent senken. Der Konzern hat Autos mit falschen CO₂-Abgaswerten unter anderem von TÜV-Prüfstellen abnehmen lassen. Bei VW-Modellen übernimmt der TÜV Nord die Abgasmessungen für neue Modelle.

Laut "Süddeutscher Zeitung" haben US-Ermittler derweil einem Volkswagen-Manager wegen des Dieselskandals den Pass abgenommen. So wollten sie offenbar verhindern, dass er sich einer Befragung oder strafrechtlichen Verfolgung entziehe. Ein Konzernsprecher wollte sich dazu nicht äußern. In dem Bericht hieß es weiter, VW-Mitarbeiter zögerten nun, in die USA zu reisen. Eine noch im November geplante USA-Reise von Konzernchef Matthias Müller sei deshalb unwahrscheinlich geworden.

VOLKSWAGEN

AKTIENGESELLSCHAFT

Nachrichten Nachrichten

Hinzufügen zur Sammelmappe
zur Übersicht

Wolfsburg, 25.09.2015

Erklärung des Aufsichtsrats der Volkswagen AG

Der Aufsichtsrat von Volkswagen hat in seiner heutigen Sitzung über die aktuelle Lage intensiv beraten. Die Manipulationen sind durch nichts zu entschuldigen und haben Volkswagen stark erschüttert. Das Unternehmen wird sich einer konsequenten Aufarbeitung stellen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und die notwendigen Konsequenzen ableiten. Hierzu wurden in der heutigen Sitzung erste Beschlüsse gefasst.

1. Der Aufsichtsrat hat den Aufsichtsratsvorsitzenden ermächtigt, deutsche und US-Rechtsanwälte zu mandatieren, die die Manipulation von Abgaswerten bei Dieselmotoren objektiv ermitteln und vollständig aufklären sollen.
2. Das Aufsichtsratspräsidium wird vorerst mit der Koordinierung und Sicherung aller notwendigen Schritte zur Überwachung der Aufklärung beauftragt, bis der vorgesehene Ausschuss seine Arbeit aufgenommen hat.
3. Der Aufsichtsrat hat nach aktueller Erkenntnislage empfohlen, einige Mitarbeiter umgehend zu beurlauben. Dies ist teilweise bereits erfolgt.
4. An der Spitze des Volkswagen Konzerns wird künftig Matthias Müller als neuer Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG stehen. Dieser wird gerade jetzt gebraucht. Matthias Müller ist damit genau der richtige Mann, um persönlich unbelastet und mit der nötigen Entschiedenheit die Aufarbeitung der aktuellen Krise unseres Unternehmens voranzutreiben und die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Wir schätzen ausdrücklich seinen kritischen und konstruktiven Blick.
5. Der Aufsichtsrat beschließt, der außerordentlichen Hauptversammlung am 09.11.2015 vorzuschlagen, Herrn Hans Dieter Pötsch zum Mitglied des Aufsichtsrats zu wählen. Der Aufsichtsrat beabsichtigt, ihn anschließend zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu wählen.

Berthold Huber, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender: „Die

Testmanipulationen bedeuten für Volkswagen ein moralisches und politisches Desaster. Das rechtswidrige Verhalten von Entwicklern und Technikern in der Motorenentwicklung hat Volkswagen ebenso geschockt, wie die Öffentlichkeit. Wir können uns nur entschuldigen und Kunden, Öffentlichkeit, Behörden und Anleger darum bitten, dass wir die Chance zur Wiedergutmachung erhalten." Es soll durch eine amerikanische Anwaltskanzlei die weitere Aufklärung erfolgen und die daraus notwendigen Konsequenzen vorbereitet werden; der Aufsichtsrat hat eine entsprechende Beauftragung heute veranlasst.

Abgasskandal

Die Welt, 04.10.15

Erste VW-Ingenieure gestehen Manipulationen

Laut internen Untersuchungen sollen die ersten VW-Mitarbeiter illegale Software-Manipulationen bei Dieselmotoren gestanden haben. Den Betrug könnte ein Vorstandsmitglied beauftragt haben.

Im Skandal um die Abgasmanipulationen bei Volkswagen liegen dem Konzern offenbar erste Geständnisse von Ingenieuren vor. Mehrere Mitarbeiter der Motorenentwicklung in Wolfsburg hätten laut internen VW-Ermittlungen zugegeben, im Jahr 2008 die Software zur Manipulation der Schadstoffwerte installiert zu haben, berichtet die "Bild am Sonntag" ("BamS").

Damals soll der Dieselmotor EA 189 kurz vor der Serienproduktion gestanden haben. Laut der internen Revision erklärten die Ingenieure, keine Lösung gefunden zu haben, wie gleichzeitig die Abgas- und die Kostenvorgaben eingehalten werden konnten. Deshalb habe man beschlossen, die Software zur Manipulation der Werte einzusetzen, um ein Scheitern des Motorenprojekts zu verhindern.

Das Dieselaggregat wurde anschließend im VW-Motorenwerk Salzgitter gebaut. Die Software stammte von den Zulieferern Bosch und Continental. Bosch habe früh vor einer illegalen Verwendung der Technik gewarnt, bei Continental habe man keine Hinweise auf einen Missbrauch gehabt. Mit der gelieferten Software habe man keine Abgaswerte manipulieren können, sagte Continental-Sprecher Felix Gress der "BamS".

"Existenzbedrohende Krise"

Laut der internen Untersuchung gebe es bisher keine Hinweise darauf, dass der damalige VW-Vorstandschef Martin Winterkorn von den Manipulationen gewusst habe. Mehrere Ingenieure hätten aber zu Protokoll gegeben, dass der Ex-Entwicklungschef Ulrich Hackenberg eingeweiht gewesen sei und womöglich gar den entscheidenden Auftrag gegeben habe.

Der designierte VW-Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch sieht den Autobauer wegen des Abgasskandals in einer äußerst prekären Lage. Pötsch habe bei einer internen Veranstaltung in Wolfsburg von einer "existenzbedrohenden Krise für den Konzern" gesprochen, berichtet die "Welt am Sonntag" ("WamS"). Er sei aber sicher, das "kriegen wir hin", wenn alle mitzögen.

Nach "WamS"-Informationen steht auch das geplante Investitionsbudget von mehr als 100 Milliarden Euro bis 2018 auf dem Prüfstand. Da sei viel Luft zum Sparen, sagte ein Insider. Auch im Sommer 2014 gestartete Effizienzprogramme sollten noch mal verschärft werden. VW lehnte eine Stellungnahme ab.

Volkswagen hat zugegeben, die Abgaswerte bei Dieselfahrzeugen mit einer Software manipuliert zu haben. Nach Konzernangaben sind weltweit bis zu elf Millionen Fahrzeuge betroffen.

Immer mehr Konsumenten kaufen umweltfreundliche Produkte

von Thomas Teuber | Meinungsforschung | 12.05.15

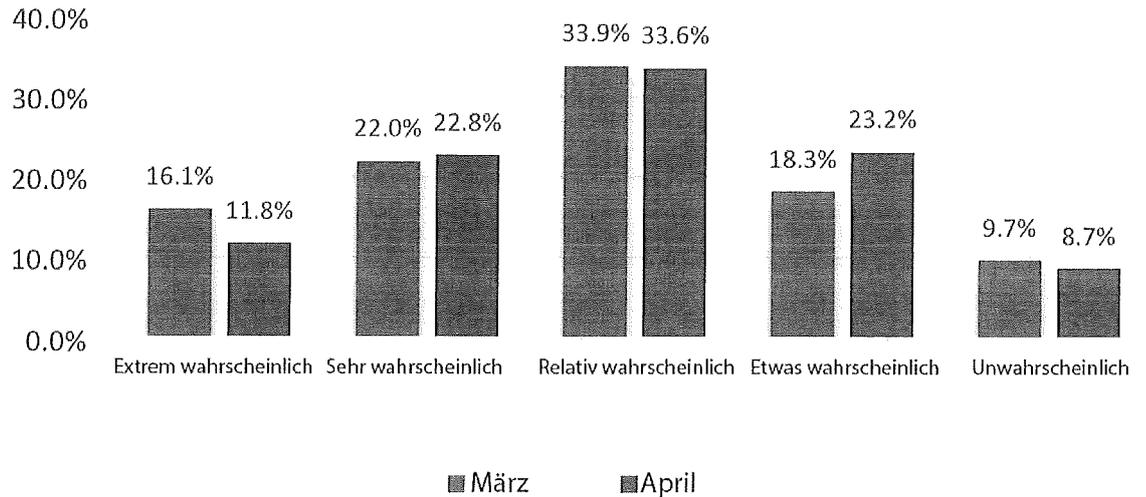
Biologisch abbaubare Verpackungen, energieeffiziente Beleuchtung, emissionsarme Fahrzeuge: beim Kauf grüner Produkte sehen sich Konsumenten häufig mit einem höheren Preis konfrontiert.

Aber diese teureren Produkte schrecken die Konsumenten nicht ab. Unser aktueller Trend Tracker Report verrät, dass die Verbraucherausgaben für umweltfreundliche Produkte stetig steigen – vom Fortbewegungsmittel bis zur Ernährung.

Unsere US-Kollegen haben 1.091 Konsumenten aus den USA zu zehn verschiedenen Themen befragt, darunter Elektro- und Hybrid-Fahrzeuge, gentechnisch veränderte Lebensmittel und umweltfreundliche Produkte. Blueshift Research hat die Daten analysiert und ihre Erkenntnisse darüber, welche Auswirkungen diese Trends für Unternehmen und Investoren haben, veröffentlicht.

Was hat der Bericht also enthüllt? Hier sind ein paar der Highlights:

- 5 Prozent der Konsumenten geben an, dass ihr nächstes Auto ein Elektro-/Hybrid-Fahrzeug sein wird
 - Mehr als 50 Prozent der Konsumenten lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab
 - Einer von drei Konsumenten bevorzugt umweltfreundliche Angebote
- Einer der interessantesten Trends dieses Monats ist das wachsende Umweltbewusstsein der Konsumenten. Wir haben die Konsumenten gefragt: „**Wie wahrscheinlich ist es, dass Du anstelle eines Produkts, das etwas günstiger ist, ein Produkt kaufst, das besser für die Umwelt ist?**“



Wir haben herausgefunden, dass 35 Prozent der Teilnehmer bereit sind mehr Geld für Produkte auszugeben, die besser für die Umwelt sind. Und bei 56 Prozent der Befragten war es zumindest relativ oder etwas wahrscheinlich, so dass eine Mehrheit der Teilnehmer einen höheren Preis für diese Produkte in Betracht ziehen würde.

Gleichzeitig nimmt die Zahl derer ab, die nicht bereit sind, mehr zu zahlen. Zwischen März und April konnten wir eine Abnahme um einen Prozentpunkt in dieser Gruppe der Befragten feststellen.

Wer genau sind diese Konsumenten, die bereit sind, ihre Brieftasche für einen grüneren Planeten weiter zu öffnen? [Downloade den kostenlosen Trend Tracker Report unserer US-Kollegen:](#) Es erwarten Dich eine überraschende demographische Aufschlüsselung und Einsichten in zehn weitere, große Konsumtrends.

Gibst auch Du gerne mehr Geld für grüne Produkte aus? Wir freuen uns über Kommentare oder [Tweets!](#)

Tags: [Nachhaltiger Konsum](#), [Umfrage](#), [Umwelt](#)